



28. Oktober 2022

Offener Brief

Bundesregierung darf globale Anstrengungen zum Ende der fossilen Energien nicht torpedieren

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Olaf Scholz,
Sehr geehrter Herr Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck,
Sehr geehrter Herr Bundesminister für Finanzen Christian Lindner,
Sehr geehrte Frau Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock,
Sehr geehrte Frau Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Svenja Schulze,
Sehr geehrte Frau Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und
Verbraucherschutz Steffi Lemke,

auf der letzten Weltklimakonferenz in Glasgow verpflichtete sich die Bundesregierung zusammen mit 33 weiteren Ländern und fünf bi- und multinationalen Banken mit der Unterzeichnung des *Statement on International Public Support for the Clean Energy Transition*, dazu, **die direkte internationale Finanzierung von fossilen Brennstoffen mit dem Jahr 2022 zu beenden** und stattdessen gezielt nachhaltige und klimagerechte Vorhaben zu fördern.¹

Die Bundesregierung muss nun eine ehrgeizige und wissenschaftsbasierte Strategie entwickeln, um diese Verpflichtung umzusetzen. Ausnahmen für fossile Investitionen im Ausland sollten vermieden werden. Sofern sie doch gewährt werden, müssen sie eng begrenzt sein und den Nachweis führen, dass sie mit dem 1,5-Grad-Limit kompatibel sind und keinen fossilen Lock-in verursachen. Wir sind zutiefst besorgt über die Signale, die wir in den vergangenen Tagen vom Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) bezüglich der künftigen Förderkriterien erhalten haben. Nicht zuletzt der Versuch von Bundeskanzler Scholz, beim letzten Gipfel des Europäischen Rats, Unterstützung für die Finanzierung neuer Gasfelder zu suchen, erfüllt uns mit großer Sorge.² Derartige Investitionen (Upstream-Förderung) und die dafür benötigte Infrastruktur verursachen langfristig zu hohe Emissionen und sind **nicht vereinbar mit einer Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1.5°C**. Dies hat auch der neue World Energy

¹ <https://ukcop26.org/statement-on-international-public-support-for-the-clean-energy-transition/>.

² <https://www.reuters.com/business/energy/germany-wants-eu-work-with-countries-new-gas-fields-document-2022-10-20/>

Outlook (WEO) der Internationalen Energieagentur (IEA) verdeutlicht, der vor wenigen Tagen erschienen ist.³

Der WEO hat klargemacht, dass die russische Invasion keine Rechtfertigung für eine Welle von neuen Öl- und Gasinfrastrukturen in einer Welt sein kann, die bis 2050 Netto-Null-Emissionen erreichen will.⁴ Die Erschließung neuer Gasfelder im Ausland kann die kurzfristige Gaskrise in Deutschland nicht lösen. Sie führt direkt in einen fossilen Lock-in und spitzt die Klimakrise mit all ihren katastrophalen Folgen weiter zu. Die Förderung neuer Gasinfrastruktur, sowohl Upstream als auch Midstream, schafft weitere Abhängigkeiten und ist nicht nur unnötig, sondern führt zudem gerade im Globalen Süden zu "stranded assets". Stattdessen müssen vorhandene Instrumente wie z.B. die Nachfragereduktion im Gebäude- und Industriesektor zur Überbrückung der kurzfristigen Energiekrise genutzt werden, um weitere fossile Infrastruktur abzuwenden.⁵

Deutschland darf sich nicht an den Plänen einiger afrikanischer Regierungen beteiligen, neue Gasfelder zu erschließen. Stattdessen sollte die Bundesregierung die vielen Stimmen aus der afrikanischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft hören, die eine beschleunigte Energiewende für die Entwicklung ihrer Länder einfordern und mit denjenigen afrikanischen Regierungen, die daran interessiert sind, zukunftsorientierte Partnerschaften zum Ausbau der Erneuerbaren Energien schließen. Gerade ein Land wie Deutschland, das eine Vorreiterrolle in Sachen nachhaltiger und klimafreundlicher Wirtschaft anstrebt und vielen Ländern als Vorbild bei der Energiewende dient, muss jetzt zu seinem Wort stehen, konsequent den Ausstieg aus der Förderung fossiler Brennstoffe vorantreiben und die direkte Förderung fossiler Energieprojekte dieses Jahr beenden.

Wir rufen Sie mit Nachdruck dazu auf, dem Beispiel des Vereinigten Königreichs, Dänemarks, Schwedens, Finnlands und Frankreichs⁶ zu folgen und ebenfalls eine ambitionierte Strategie zur Beendigung der Förderung fossiler Energieprojekte im Ausland vorzulegen. Nur so kann ein nachhaltiger Umbau der Wirtschaft und eine schnelle Energiewende gelingen und langfristig Energiesicherheit erreicht werden - für Deutschland und weltweit. Eine Strategie mit Ausnahmen für Upstream- und/oder Midstream-Förderung für fossile Brennstoffe hingegen wäre eine Blamage für die **gesamte Bundesregierung**. **Eine unzureichende Umsetzung dieser zentralen Zusage der 26. Weltklimakonferenz (COP26) würde Deutschlands Glaubwürdigkeit bei der anstehenden COP27 beschädigen und die Verhandlungen schwer belasten. Wir bitten Sie, es nicht dazu kommen zu lassen!**

³ Internationale Energieagentur: World Energy Outlook 2022 <https://www.iea.org/reports/world-energy-outlook-2022>

⁴ Original-Zitat: "No one should imagine that Russia's invasion can justify a wave of new oil and gas infrastructure in a world that wants to reach net zero emissions by 2050." (IEA 2022: World Energy Outlook 2022, S. 80)

⁵ E3G: <https://e3g.wpenginepowered.com/wp-content/uploads/REPORT-Bezahlbare-Warme-ohne-Flussigerdgas.pdf>

Petrochemische Industrie: <https://www.breakfreefromplastic.org/winter-is-coming/>

Agora-Energiewende: <https://www.agora-energiewende.de/presse/pressemitteilungen/erdgas-einsparen-und-das-klima-schuetzen-mit-der-industriellen-waermewende/>

⁶ Oil Change International: <https://priceofoil.org/2022/10/07/leaders-laggards/>

Mit freundlichen Grüßen



Sascha Müller-Kraenner, Deutsche Umwelthilfe e.V.



Lisa Fischer, E3G - Third Generation Environmentalism



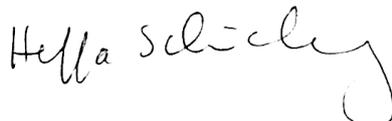
Lutz Weischer, Germanwatch e.V.



Martin Kaiser, Greenpeace e.V.



Peter Fuchs, PowerShift e.V.



Heffa Schücking, Urgewald e.V.



Tina Haupt, Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED e.V.